



Schlussberichte 2020

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.10.2022

Vorbemerkungen

- Neues Verfahren der Vorabstimmung der Berichtsentwürfe mit dem Magistrat
 - brachte einen weiteren Monat Verkürzung (November → Oktober)
 - wird auch vom Hess. Rechnungshof im Großstädtebericht 2020 unterstützt
- Arbeitsweise des Revisionsamtes und Berichterstattung:
 1. unterjährige geplante Prüfungen → Berichte der Revision (BdR)
 2. unterjährige Prüfung von Beschlussvorlagen (MBE, ME) → Stellungnahmen an den Magistrat (+ HuF gem. § 13 Abs. 2 RevO)
 3. Prüfung der Jahresabschlüsse und des Gesamtabschlusses → Schlussberichte **Teile I bis III**
 4. Ausgewählte Aspekte von 1. und 2. → Schlussberichte **Teil IV**
 5. Ausgewählte Aspekte von 1. bis 4. → Präsentationen in den Ausschüssen
-  -Wertung wird auch vom Hess. Rechnungshof unterstützt

Schlussberichte 2020 – Agenda

Prüfung der Jahresabschlüsse 2020 der Kernverwaltung ([Teil I](#)) und des Sondervermögens ZVK ([Teil II](#))

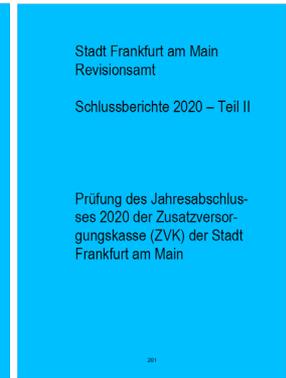
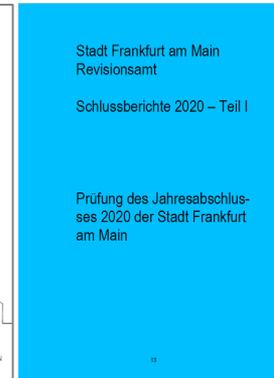
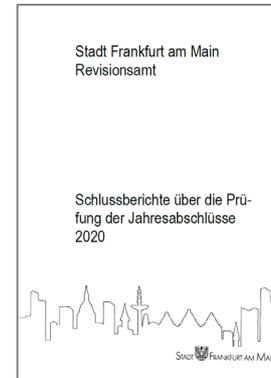
Prüfung des Konsolidierten Gesamtabchlusses 2020 ([Teil III](#))

Feststellungen zur Haushaltslage ([Teil I](#) Tz. 6)

Feststellungen zur Organisation ([Teil I](#) Tz. 7.1, [Teil IV](#))

Stand der Entlastungsverfahren ([Teil I](#) Tz. 5, [Teil IV](#) Tz. 6.3, 8.3)

Ausblick und Fazit



Schlussberichte 2020

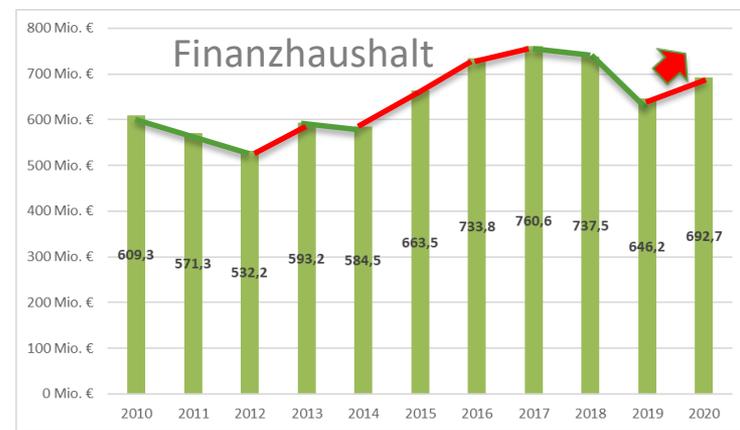
Prüfung der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung (**Teil I**) und des Sondervermögens ZVK (**Teil II**)

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- 14. Jahresabschluss nach der Eröffnungsbilanz (EÖB)
- **Aufstellungsfrist** formell überschritten (M 59 vom 07.05.2021) 
- **Nicht-Vorlage eines HSK** nach § 92a Abs. 3 HGO hat HMdIS mit Genehmigung des HH 2020 toleriert
- **vorläufige Haushaltsführung**
 - Rechtzeitige Erinnerung durch StK an Einhaltung des § 99 HGO 
 - Erleichterung der städtischen Ausführungsregeln für Zuschussempfänger wegen Corona 
 - HMdIS bereits zum HH 2019: 
 - „Normen zur vorläufigen Haushaltsführung haben nicht die Absicht des Gesetzgebers, dass die Stadt Frankfurt ihren HH regelmäßig verspätet vorlegt.“
 - HMdIS wertet dies als Verstoß gegen § 97 Abs. 4 HGO!
 - HH 2022 auch nicht besser, und HH 2023 voraussichtlich auch nicht!
- **Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen**  in Höhe von rd. 33 Mio. € (Vj.: 9 Mio. €) 

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- **Budgetüberträge** von 2020 auf 2021 weitgehend bestimmungskonform gebildet
 - Ergebnishaushalt:  von 142 Mio. € auf 193 Mio. € (+51 Mio. € / +36,4 %) 
 - Finanzhaushalt:  von 646 auf 693 Mio. € (+47 Mio. € / +7,3 %) 
- Weiterhin **gezielte Steuerung** der Aufwendungen und Investitionen erforderlich!
- **IPG-Ausführung** belastet künftige Ergebnishaushalte (Abschreibungen)!



Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 6-3 (S. 51) und Grafik 6-5 (S. 53)

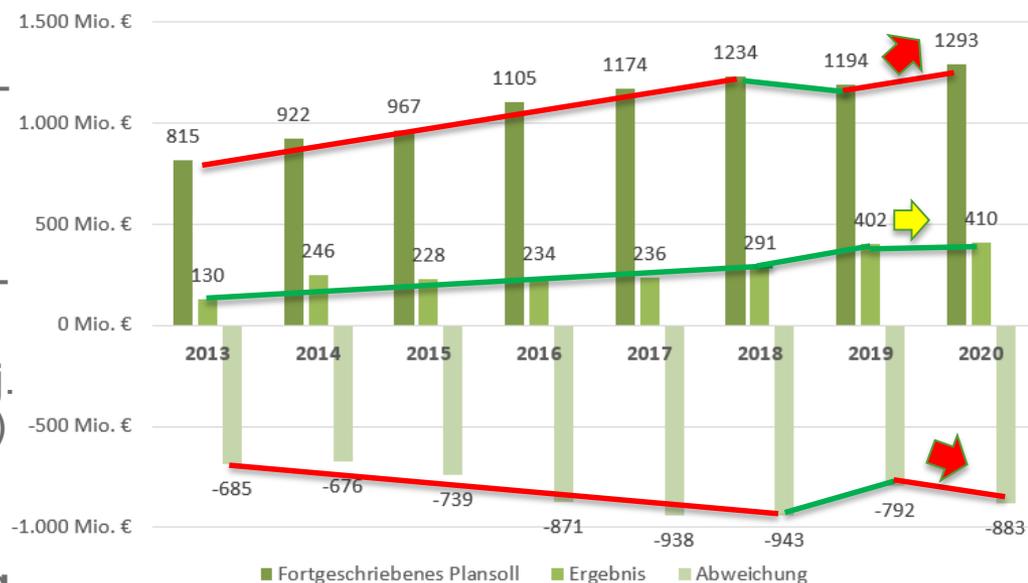
Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Ausführungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** mit den **Zielsetzungen und Strategien** 🖱
 - Transformation von der **Input-orientierten Steuerung** (Budgetansätze) zur **Output-orientierten** Steuerung bis heute nicht wirklich vollzogen
 - letztlich kann so **keine Steuerungswirkung** entfaltet werden
 - wir begrüßen die Annahme des [E 116](#) zum Haushalt 2022
- Haushalt 2020 ohne **Auflagen** genehmigt, damit die Stadt in der Pandemie bedingten Krise handlungsfähig bleibt
- Entwicklung des **Ergebnishaushalts 2020**
 - HH-Ausgleich stellt immer größer werdende Herausforderung dar
 - Corona Krise offenbarte: stetiger Ertragszuwachs nicht selbstverständlich
 - Jahresergebnis 2020 von -65 Mio. € war nur durch Kompensationszahlungen von Bund und Land in Höhe von rund 440 Mio. € möglich

Jahresabschluss der Kernverwaltung

■ Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit 🙌

- **2019 erstmals Rückgang** der Abweichung, da im Wesentlichen das Plan-soll reduziert wurde
- **Umsetzung 2019 + 2020 auf über 400 Mio. €** verbessert, bleibt aber weiterhin hinter Planung zurück!
- Abweichung gegenüber Vj. wieder erhöht (+91 Mio. €)
- Anpassung der Planung an das **Leistbare!**
- **Ausbau und Optimierung** der Kapazitäten!
- **Rundmails des StK zu den HH 2022 und 2023: „Investitionsplanung entlasten!“** 👍



Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 6-16 (S. 72)

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- diverse Empfehlungen zur Verbesserung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung [Teil I, Tz. 7.1]
 - Freigabe des IT-gestützten Buchführungssystems **SAP® ECC** weiter ausstehend 🙌
 - Freigabeprozesses für **finanzrelevante IT-Verfahren** dringend neu zu regeln 👎
 - (zentrales/IT-gestütztes) **Vertragsmanagementsystem** weiterhin nicht in Sicht 👎
 - Regelungen zum **Bestell- und Anordnungswesen** mit MB Nr. 57 sowie OB-Verfügung vom 15.01.2021 erfreulicherweise neu geregelt; Datenbank ausstehend 🙌
 - **Zuwendungswesen**: (später unter „**Feststellungen zur Organisation**“) 🙌
 - kaum Verbesserung der Prozesse zur **Umsetzung des IPG** im Rechnungswesen 🙌
 - Prozesse im **Forderungsmanagement** → Zentralisierung 🙌
 - Prozesse im **Kreditorenmanagement** → eRechnungsbearbeitung (xFlow) 🙌
 - durch **neues IT-Verfahren zur Verwaltung von Wohnungsbaudarlehen** 🙌
kaum Verbesserungen

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Vereinzelte, wesentlichen Beanstandungen, insbesondere auf Grund **mangelhafter Prozesse im investiven Bereich** (siehe Umbuchungsliste in **Anlage 1** zum **Teil I** der Schlussberichte 2020)
- weiterhin **fehlende Rückstellung** für Lebensarbeitszeitkonten (LAK) 
 - Feststellung bereits zum JA 2018 → keine Passivierung im JA 2019 + JA 2020
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung 2020 von **37,8 Mio. €**
 - (nachrichtlich: Rückstellung im JA 2021 gebildet) 
- **nicht werthaltige, aktivierte Planungskosten** für U5-Europaviertel 
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung 2020 von **9,0 Mio. €**
- **versäumte Auflösung des Sonderposten** für „SEM Riedberg“ 
 - Sonderposten zum 01.07.2016: 156,6 Mio. €
 - **fehlende Erträge** in der Ergebnisrechnung von **25,4 Mio. €**
 - (nachrichtlich: Umsetzung erst in 2022) 
- **steuerliche Rückzahlungsrisiken** i. Z. m. Cum/Ex-Aktien-Transaktionen; gem. Anhang 2021: rd. 280 Mio. € (nach § 16 GemHVO keine Rückstellung zulässig)!

Jahresabschluss der Kernverwaltung

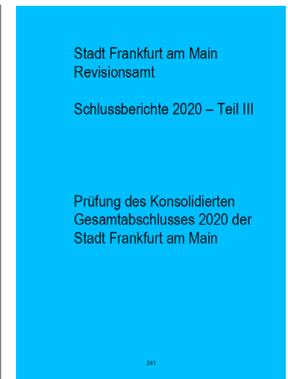
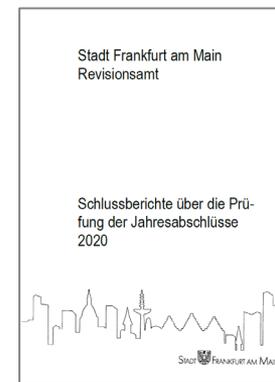
- Nach unseren Prüfungsfeststellungen hätte sich ein um **21,2 Mio. €**  **schlechteres** Jahresergebnis (Saldo aus **48,7 Mio. € fehlenden Aufwendungen** und **27,5 Mio. € fehlenden Erträgen!**) ergeben (siehe korrigierter JA in **Anlage 2** zum **Teil I** der Schlussberichte 2020)
- (IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem weiterhin nicht in Sicht 
 - **unvollständige Angaben im Anhang** nicht auszuschließen!
 - wir begrüßen die Annahme des **E 118** zum Haushalt 2022 
 - aktueller Bericht des Magistrats hierzu: **B 369** vom 26.09.2022
- **Jahresabschluss 2020** stellt dennoch insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Frankfurt am Main dar 
- **Lage- und Rechenschaftsbericht 2020** vermittelt insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Haushaltswirtschaft in 2020 und der Lage der Stadt unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben 
- **→ sehr hohe Erwartungen an die Reformprojekte!!**

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- **Prüfungsbestätigung** [Teil I, Tz. 8]
 - Neufassung wegen der neuen Hinweise Nr. 2 bis 8 des HMdIS zu § 128 HGO
 - klar formulierte Aussage über das Ergebnis der durchgeführten Prüfungen nach § 128 Abs. 1 HGO; Orientierung an IDW PS 400 und IDW PS 405
 - Aussagen zur **Haushaltswirtschaft** und zum **Jahresabschluss**
 - Im Rahmen der stichprobenartig durchgeführten Prüfungen wurden mit einzelnen Ausnahme **keine Sachverhalte festgestellt, dass den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit nicht entsprochen wurde.**
 - Die **haushaltswirtschaftliche Lage** der Stadt Frankfurt am Main ist auf der Grundlage der Verhältnisse des Abschlussjahres **noch geeignet, die stetige Erfüllung der der Stadt obliegenden Aufgaben zu gewährleisten.**
 - Mit dieser Prüfungsbestätigung ist die Erwartung verbunden, dass die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs und der Aufstellung künftiger Jahresabschlüsse vorgenommen werden.
 - Es bestehen unter diesen Prämissen **keine Bedenken**, über den von uns geprüften Jahresabschluss 2020 **zu beschließen** und damit zugleich dem **Magistrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2020** gemäß § 114 HGO **auszusprechen.**

Jahresabschluss des Sondervermögens

- Zusatzversorgungskasse (ZVK) formell
 - ein Sondervermögen mit 2 Abrechnungsverbänden und 2 Teilhaushalten
 - ein Konsolidierter Abschluss mit separaten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen pro Abrechnungsverband (nach HGB + RechVersV)
 - ein Lagebericht
- **Jahresabschlusses 2020** der ZVK 
 - Prüfung ohne Beanstandungen
 - stellt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK insgesamt, als auch der jeweiligen Abrechnungsverbände dar
- Der **Lagebericht** vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage  der ZVK insgesamt, als auch von den jeweiligen Abrechnungsverbänden
- **Beschluss- und Entlastungsempfehlungen** grundsätzlich wie für die Kernverwaltung (neue Prüfungsbestätigung) 



Schlussberichte 2020

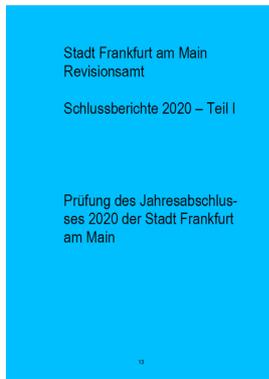
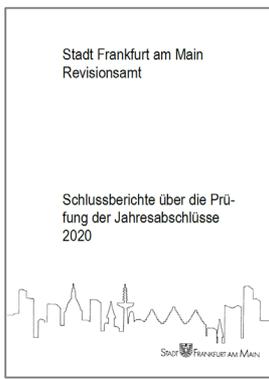
Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2020 (Teil III)

Konsolidierter Gesamtabschluss

- **Aufstellung** erfolgte nicht fristgemäß (M 164 vom 25.10.2021) 🖐️
- Ausstehende **Freigabeempfehlung für SAP** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖐️
- **Konsolidierungskreis** ist vollständig; Beschreibungen verbesserungsfähig 🖐️
- **Konsolidierungsmaßnahmen** sind richtig erfolgt 👍
- **Anhang** enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen 👍
- **Fehlendes Vertragsmanagementsystem** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖐️
- Die **Übersichten** erfüllen die gesetzlichen Vorgaben 👍
- Darstellungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** und der **Erfüllung des öffentlichen Zwecks** 🖐️
 - SOLL-IST-Vergleiche auch bei den anderen Aufgabenträgern wünschenswert
 - Ähnliche Problematik wie im Haushaltsplan und im Jahresabschluss

Konsolidierter Gesamtabchluss

- **Prüfungsbestätigung** [Teil III, Tz. 6]
 - Ebenfalls Neufassung wie für den Jahresabschluss
 - Nach unserer Beurteilung aufgrund der ... gewonnenen Erkenntnisse
 - **entspricht** der Konsolidierte Gesamtabchluss 2020 in allen wesentlichen Belangen **den ... kommunalrechtlichen Vorschriften ...** und **vermittelt ... ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage** des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ (Konzern) zum 31.12.2020 **sowie seiner Ertragslage ...** und
 - **vermittelt der Konsolidierungsbericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns.** In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konsolidierungsbericht in Einklang mit dem Konsolidierten Gesamtabchluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.
 - Es bestehen **keine Bedenken**, über den Konsolidierten Gesamtabchluss 2020 gemäß § 114 HGO **beschlusszufassen.**



Schlussberichte 2020

Feststellungen zur Haushaltslage

Feststellungen zur Haushaltslage

	2020	2021	2022	2023	2024
Produkthaushalt	vollzogen 	vollzogen 	Vorläufige Haushaltsführung! 	in Planung	Planung bevorstehend
Jahresabschluss	aufgestellt geprüft 	aufgestellt in Prüfung 	-	-	-
Gesamtabschluss	aufgestellt geprüft 	in Aufstellung	-	-	-
Schlussberichte	Beratung in Ausschüssen 	in Erstellung	-	-	-



Feststellungen zur Haushaltslage

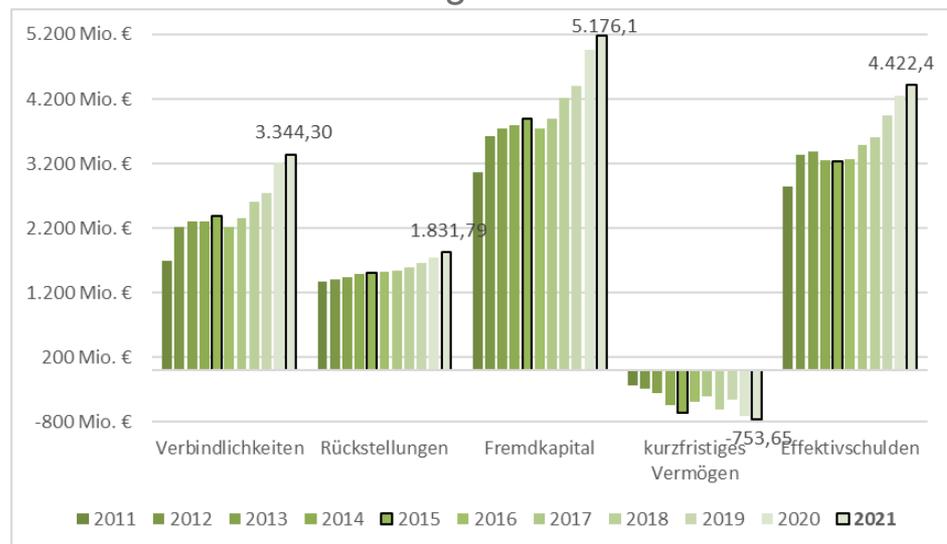
■ Allgemeine Beobachtungen

- Haushalte bisher schon **chronisch defizitär**; Jahresergebnisse
 - 2018: **-27,8 Mio. €**
 - 2019: **-100,7 Mio. €**
 - 2020: **-65,4 Mio. €** (Ausgleich GewSt-Ausfälle durch Bund und Land i.H.v. 439,8 Mio. € !)
 - 2021: **53,0 Mio. €**
- **Corona-Krise** führte für 2020 ff. zu **Ertrags-/Einzahlungsausfällen** bei gleichzeitiger **Ausweitung der Aufwendungen/Auszahlungen** (Kosten)
- 2021: deutlich freundlicheres Bild: **Erstarben der GewSt-Erträge** mit Anstieg auf **rd. 2,1 Mrd. €!**
- 2022: **Ukraine-Krieg** befeuert die **Inflation**, insbesondere für **Energie- und Baukosten**, aber auch Anstieg der Refinanzierungskosten
 - Starke Belastung des Ergebnishaushalts bzw. der Ergebnisrechnung
 - Verzerrung der „Performance der IPG-Umsetzung“

Feststellungen zur Haushaltslage

■ Finanzlage / Verschuldung [Teil I, Tz. 6.3.5, S. 71 ff.]

- höchster Schuldenstand (aus investiver Kreditaufnahme und der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte) seit 14 Jahren mit **2,6 Mrd. €**
- **Effektivschulden** betragen zum 31.12.2021 inzwischen > **4,4 Mrd. €**

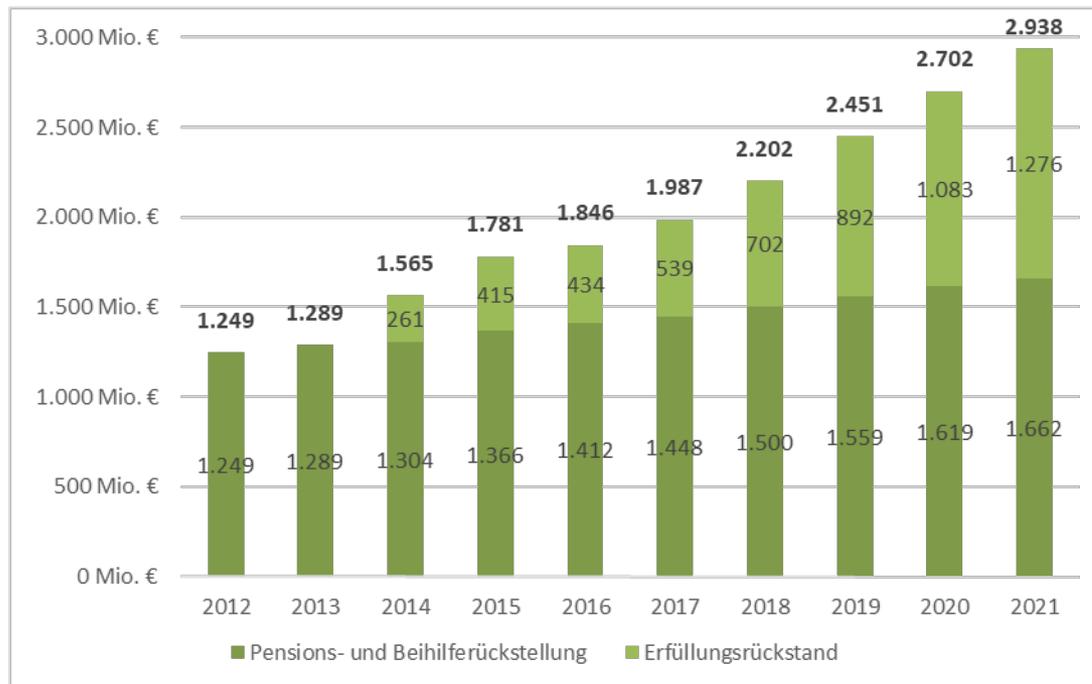


Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 6-17 (S. 74) aktualisiert auf 2021

- HH-Genehmigung: vorgesehenen Kreditaufnahmen müssen mit der **dauernden Leistungsfähigkeit** im Einklang stehen (§ 103 Abs. 2 HGO)

Feststellungen zur Haushaltslage

- **Pensionsrückstellungen** [Teil I, Tz. 6.3.5.5, S. 78 und Tz. 7.2.1.2 - P.3.1, S. 141]
 - **Erfüllungsrückstand (= Pensionslast)** zum 31.12.2021: **1,28 Mrd. €**
 - Pensions- und Beihilferückstellung müsste **2,94 Mrd. €** betragen



Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 7-10 (S. 141); aktualisiert auf 2021

Feststellungen zur Haushaltslage

■ Haushalt 2022

- per Anfang Oktober noch nicht genehmigt und somit noch nicht rechtskräftig (Sommerferien)
- **Haushaltsausgleich im Plan** aber nur mit erheblichen Anstrengung unter Einbeziehung Rücklagen
- **M 66** vom 06.05.2022 „Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2022 gemäß § 92a HGO“
→ Berücksichtigung des Jahresergebnis 2021 (+53,0 Mio. €) in der Planung
- **„Haushaltsausgleich in der Rechnung“** bis zum Jahresabschluss noch offen
 - Auch wenn im ersten Halbjahr 2022 ein neuer GewSt-Rekord zu verzeichnen war,
 - starke Belastung des Ergebnishaushalts bzw. der Ergebnisrechnung durch Inflation zu erwarten!
 - Auswirkungen der Inflation auf Konjunktur und damit auch Gewerbesteuererträge 2022!

■ Haushaltsplanung 2023

- Entwicklung der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges und damit der Wirtschaft schwer absehbar
- unvermeidbare Zuwächse für
 - Sozial- oder Versorgungsaufwendungen; Transferleistungen
 - Sach- und Dienstleistungen (Energie)
 - Unterstützungen defizitärer städtischer Gesellschaften zur Existenzsicherung, insbesondere SWFH (nächste Folie)
 - Zuwendungen und Zuschüsse an Dritte (Vereine etc.)
- vorzusehende Steigerungsraten für Personalkostenansätze

■ steuerliche Rückzahlungsrisiken aus Cum/Ex-Aktien-Transaktionen i. H. v. rd. 280 Mio. €

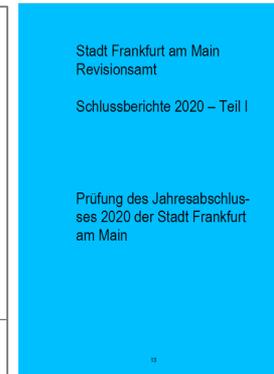
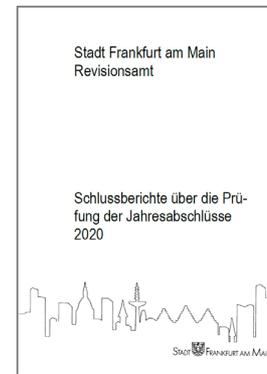
- Abfluss in 2023 zunehmend wahrscheinlich
- bisher nicht im HH-Planentwurf 2023 berücksichtigt

Feststellungen zur Haushaltslage

- **Eigenkapitalverzehr bei der SWFH** [Teil I, Tz. 7.2.1.2 - A.1.3.1, S. 112]
 - E 72 vom 25.01.2019 mit HH 2019 beschlossen (§ 3734 vom 28.02.2019 (Anlage 7))
 - Verlängerungsregelung über E 143 vom 04.05.2022 mit HH 2022 grundsätzlich beschlossen (§ 1832 18.02.2022 (Anlage 14)); Konkretisierung mit HH 2023
 - Verluste der SWFH (aus dem Querverbund) werden bis 2022 zum Jahresende unmittelbar über die Ergebnisrechnung ausgeglichen; Spitzabrechnung gem. E 72
 - **Mehr-Kosten** für ÖPNV und Schwimmbäder sowie **Minder-Erträge** von Mainova, AVA und Fraport werden den Kernhaushalt bis mind. 2026 (E 143) zusätzlich belasten
 - Ab HH 2023: siehe B 332 vom 09.09.2022 zum o. g. E 143

in Mio. €	Σ	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Plan (E 72)	306,0	45,0	78,0	92,0	91,0	-	-	-	-
SWFH Wirtschaftsplan 2022	597,2	45,4	37,4	99,8	134,3	131,2	94,9	115,6	121,4
Ist	263,4	2,8	30,6	59,1	e170,9	?	?	?	?





Schlussberichte 2020

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Vordringliche Reformthemen aus Sicht der Revision

Thema	Einschätzung Revisionsamt
Neuausrichtung städtisches Rechnungswesen	→ Folie 26
Gesamtstädtischen Digitalisierungs-Strategie	→ Folie 27
Rollout E-Akte	→ Folie 28
Zuwendungswesen	→ Folie 29
Projektauftrag Vertragsmanagement (E 118)	noch keine Projektstruktur beschlossen; B 369 vom 26.09.2022
Beschlussvorlagenmanagement (PARLIS, VoBis)	kein wesentlicher Fortschritt; schwierige Abstimmung zwischen den Beteiligten
Hochbau- und Liegenschaftsmanagement (HLM)	→ Folie 30–32

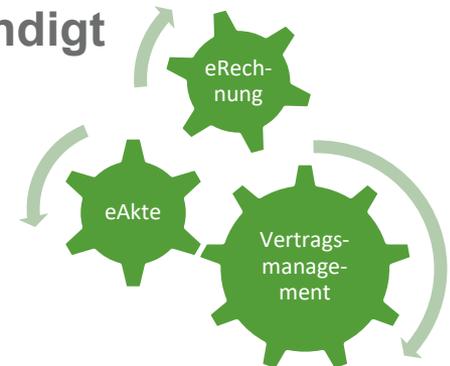
Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Neuausrichtung des städt. Rechnungswesens** [Teil I, Tz. 7.1.2.5 d), S. 96]
 - insbesondere erforderlich für
 - Digitalisierung des Bestell- und Anordnungswesens
 - Ausrollen der elektronische Rechnungseingangsbearbeitung (eRechnung/xFlow)
 - Umsetzung des neuen Umsatzsteuerrechts ab 01.01.2023 (§ 2b UStG)
 - SAP-Umstellung auf S/4HANA, Fachkräftemangel
 - Projektleitung durch POA mit Unterstützung durch externen Berater
 - Umsetzungsprojekt im November 2021 begonnen; vier Teilprojekte (TP):

TP	Thema	Status	geplantes Ende
1	Forderungsmanagement	abgeschlossen	
2	Aufbau Shared-Service Center (SSC) und Abnehmer	Neu aufgesetzt	2023
3	Dezernatscontrolling	begonnen	2023
4	Dienststellen mit eigener Rechnungsführung	Neu aufgesetzt	2023

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie** [Teil IV, Tz. 4.2.2, S. 328 ff.]
 - kein **ganzheitlicher Ansatz**, keine **Gesamtsteuerung**, keine **Hebung von Synergien**
 - bei der Umsetzung von Fachverfahren entstehen **Insellösungen**
 - bis jetzt! verfügte die Stadt weiterhin über keine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie
 - Es fehlt insbesondere noch eine Verwaltungsdigitalisierungsstrategie
 - Die verschiedenen Teilstrategien sind aufeinander abgestimmt zu einer gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie zusammenzuführen
 - Schaffung einer solchen Strategie wurde **intern angekündigt**
 - **erste Schritte eingeleitet**



Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Rollout E-Akte** [[Teil IV](#), Tz. 4.2.2.3, S. 331 f.]
 - **Hintergründe** vor einem Jahr erläutert
 - Status bzw. Umsetzung **stadtweites Rollout**:
 - das beschaffte IT-Verfahren ist **einsatzfähig**
 - Einführung „Version 2020“ zwischenzeitlich umgesetzt
 - **letzte Berichte des Magistrats**
 - [B 239](#) „E-Government-Strategie der Stadt“ vom 28.05.2021: „es dauert an“;
 - [B 266](#) „Bericht über die Arbeit der Reformkommission“ vom 25.06.2021
 - Antwort zu [Frage 400](#) / 2021 vom 14.12.2021
 - seither (in 2022) kein neuer Bericht
 - Revisionsamt hat E-Akte zum 09.09.2022 in Eigenregie produktiv eingeführt (Pilot: Innenprüfung; weitere Bereiche folgen in 2023; 2024: alle)
 - Aus Sicht der Revision **neuer Ansatz** für den Rollout erforderlich
 - stadtweite Rollout muss **beschleunigt** werden
 - Nutzung nicht nur lediglich für eine Dokumentenablage, sondern für ämterübergreifende digitale **Verwaltungs(zusammen)arbeit!**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Zuwendungswesen** [Teil I, Tz. 7.1.2.3, S. 91 ff.]
 - Revision thematisiert dies seit den Schlussberichten 2018
 - Revisionsamt begrüßt zwar die Beschlüsse
 - [§ 5567](#) vom 07.05.2020 (Überarbeit. FörderRiLi & Einrichtung Fördercontrolling)
 - [§ 7006](#) vom 28.01.2021 (Einführung datenbankbasierte, integrierte Anwendung)
 - sowie die intensive Befassung hiermit im Sonderausschuss „Contr. u. Revision“

aber

 - **Richtlinien** weiterhin in Überarbeitung bzw. **Muster** in Erstellung; **Empfehlungsumsetzung also sehr schleppend** (letzter Bericht [B 323](#) vom 20.07.2020)
 - **Projektstart** für stadtweite digitale Lösung (zentralisiert in Stadtkämmerei) war für 2022 geplant; **noch keine Projektstruktur** beschlossen; **Ämterumfrage** in Vorbereitung, Behandlung in Reformkommission (jüngste Berichte: [B 230](#) vom 20.05.2022 und [B 381](#) vom 30.09.2022)

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Hochbau- und Liegenschaftsmanagement (HLM)

- Projekt in den Jahren 2015 bis 2017; Projekt ist u. E. noch nicht abgeschlossen!
- Zusammenlegung von Liegenschafts- und Hochbauamt, sowie Teilen des Stadtschulamtes zum ABI per 01.11.2017
- Gemeinsamer neuer Standort in der Solmsstraße seit Februar 2022
- nach 2,5 Jahren Interimsleitung neue Amtsleiterin des ABI ab Juli 2022

Thema	Einschätzung Revisionsamt
Grundstücksverkehrsgeschäfte (An- und Verkäufe; Erbbaurechte, etc.)	Städtische Musterverträge, Vorgehensweise
Immobilienmanagement 1: Vermietung stadteigener Immobilien an Dritte	Sanierungsstau, Leerstand, ...
Immobilienmanagement 2: Anmietungsmanagement	Bedarfsermittlung, Leerstand
Immobilienmanagement 3: Nutzung stadteigener Immobilien durch die Ämter (Dienstleister-/Betreiber-Modell durch ABI)	Betreiberverantwortung hat Stadt; Gesamtverantwortung bei ABI; unklare innerstädtische Regelungen
wirtschaftliches Bauen	→ Folie 31–32

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **wirtschaftliches Bauen** [Teil IV, Tz. 4.3, S. 342 ff.]
 - Realisierung von Bauprojekten
 - Planung und Bauen benötigen mehrere Jahre (Musterprozess 7 Jahre)
 - Mittelbereitstellung über Haushalt und Bauprozess besser synchronisieren
 - Vorausschauende Planung über Mittelfristige Finanzplanung
 - Standardisierung der Planung von Flächen und Qualitäten, aber die Grundstücksverhältnisse beachten
 - Priorisierung an Hand der Kapazitäten
 - Wissenmanagement
 - Verbesserung der Abstimmungen mit Bauherrenämtern
 - Gemeinsames Projektverständnis
 - Realisierungswettbewerbe nur bei komplexen Bauprojekten
 - Keine Wettbewerbe bei Standardaufgaben
 - Wettbewerbe sind meist langwierig und sollten die Ausnahme sein

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **wirtschaftliches Bauen** [Teil IV, Tz. 4.3, S. 342 ff.]
 - Kostendeckel vertraglich vereinbaren
→ Konsequenzen für Vertragspartner
 - Leitlinien wirtschaftliches Bauen und Handbücher
 - Lebenszyklusbetrachtung bei Planung und Umsetzung der Projekte
 - Einhaltung der städtischen Standards durch Projektleitungen überwachen
 - Steuerung der Projekte (Zeit- und Kostenmanagement)
 - Funktionalität sollte im Mittelpunkt stehen
 - Personelle Ausstattung in den Ämtern
 - Aktuelle Situation: Lieferengpässe und Preissteigerungen
 - Preisgleitklauseln bieten eine faire Möglichkeiten für Bieter und Stadt; Land und Bund arbeiten bereits mit Preisgleitklauseln
 - Mehrkostenvorlagen – mögliche Lösung: 10%-Grenze in ABV vorübergehend anpassen und Projektsteckbriefe einführen

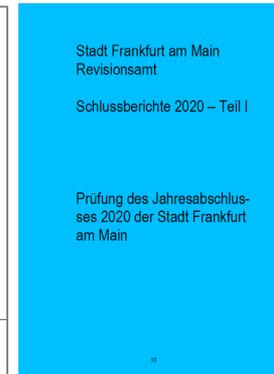
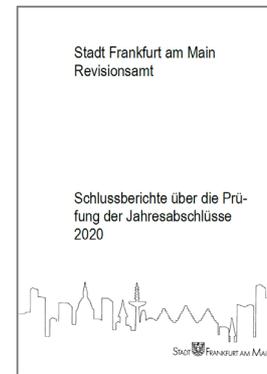
Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Zusammenfassende Feststellung

- **Reformthemen** werden weiterhin nicht/nur zögerlich angegangen
- **Reformprojekte** dauern (zu) lange/werden nicht zu Ende geführt
- **Kernproblem:** Dezentrale Strukturen und nicht wahrgenommene Ressourcenverantwortung

■ Lösungsvorschläge

- **Schaffung vom Portfolio-Projektmanagementstrukturen**
- **Neuausrichtung der Reformkommission**
- **Ausbau der Projektmanagementkompetenz**
- **Fokussierung und Priorisierung von Projekten**



Schlussberichte 2020

Stand der Entlastungsverfahren,
Bemerkungen zu städtischen
Aufgabenträgern
Ausblick und Fazit

Stand der Entlastungsverfahren

■ Entlastungsverfahren der Kernverwaltung [Teil I, Tz. 5]

	Frist 2019	Vollzug 2019	Frist 2020	Vollzug 2020
Aufstellung JA durch Magistrat	30.04.2020	29.05.2020 <u>M 87</u>	30.04.2021	07.05.2021 <u>M 59</u>
Aufstellung Kons. GA durch Magistrat	30.09.2020	09.11.2020 <u>M 182</u>	30.09.2021	25.10.2021 <u>M 164</u>
Entwurf der SB	-	02.06.2021	-	06.05.2021
Fertigstellung der SB	-	06.08.2021	-	29.07.2022
Kenntnisnahme SB durch Magistrat	-	23.08.2021 <u>M 122</u>	-	29.08.2022 <u>M 136</u>
Kenntnisnahme SB durch StVV	-	<u>M 122</u> vom 23.08.2021	-	<u>M 136</u> vom 29.08.2022
Beratung in den Ausschüssen	-	21.09.2021: HuF 25.10.2021: CoRev	-	04.10.2022: CoRev 18.10.2022: HuF
Beschluss der StVV	31.12.2021	11.11.2021 	31.12.2021	20.10.2022 ?

Bemerkungen zu städtischen und stadtnahen Aufgabenträgern

- Entlastungsverfahren der Eigenbetriebe [Teil IV, Tz. 6.3]
 - nur bei 2 von 6 EigB. (**KKJF, VHS**) wurden die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2020 fristgemäß festgestellt 
 - problematisch: **Städtische Kliniken** sind nach Aufholung des Rückstands wieder Schlusslicht 
 - **SEF** (27.01.2022) und **Kita** (31.03.2022) leicht verspätet festgestellt 
 - **HMB** verspätet (09.06.2022) festgestellt 
- „Allgemeine Stiftungsordnung“ (kein neuer Sachstand) [Teil IV, Tz. 8.2] 
 - Novellierung seit **1999** empfohlen
 - letzte Initiative des Magistrats in 2010/2011 → seither **11 Jahre** vergangen
 - Stellungnahme des Magistrats ([M 194](#) vom 11.11.2019) → Stiftungsaufsicht
- Prüfung und Entlastung bei **öffentlich-milden Stiftungen** fristgemäß 
[Teil IV, Tz. 8.3]

Ausblick und Fazit

- **Schlussberichte 2020** zum 2. mal ausschließlich digital
- **Jahresabschlussprüfungen 2021** werden noch durchgeführt
- **Konsolidierter Gesamtabchluss 2021** in Aufstellung
- **Schlussberichte 2021** derzeit in Erstellung
- Das **Ziel**, die Beschlussfassung zu den Jahresabschlüssen zeitlich weiter vorzuverlegen, ist – wie einleitend dargestellt – erneut erreicht bzw. ermöglicht worden!
- prüferische Begleitung von diversen begonnenen **(Reform-)Projekten**
- Mitwirkung beim **IT-Strategierat** und in Lenkungskreisen von IT-Projekten
- Empfehlung zur **Neustrukturierung der Reformkommission**

Schlussberichte 2020

Für die Beantwortung Ihrer Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung!

Zudem freuen wir uns über Lob/Kritik bzw. Ihre Anregungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Der Magistrat
Revisionsamt
Gutleutstraße 26
60329 Frankfurt am Main
hans-dieter.wieden.amt14@stadt-frankfurt.de
www.revisionsamt.stadt-frankfurt.de
<http://www.revision125ffm.com>

Besuchen Sie uns auf Frankfurt.de:

